

Initiative „Post für alle“ Argumentarium

**„In den Bergen, nah beim Himmel,
weit, weit weg vom Weltgewimmel,
liegt ein Dörflein ganz allein,
heimelig, uralt und klein.**

**Eine Post gibt's nicht dort droben.
Diese wurde aufgehoben,
denn sie hat sich nicht rentiert
und ward deshalb liquidiert.**

**Mühevoll ist darum heute,
speziell für alte Leute,
dieser lange Marsch zu Fuss,
wenn zur Post man gehen muss.“**

„Globi bei der Post, S. 50

Post für alle

Ausgabe vom 7. Juli 2004

Komitee „Post für alle“, Postfach 370, 3027 Bern

Argumentarium zur Volksinitiative „Post für alle“

Inhaltsverzeichnis

1. Warum unsere Initiative der gesamten Bevölkerung dient.	Seite 3
2. Alle, Kund/innen wie Angestellte profitieren von einer Post für alle.	Seite 3
3. Eine funktionierende Wirtschaft braucht eine intakte Infrastruktur und ein flächendeckendes Poststellennetz.	Seite 3
4. Die Post gehört auch in Quartiere und Agglomerationen.	Seite 4
5. Die Liberalisierung der Postdienstleistungen verursacht Kosten.	Seite 5
6. Post für alle – für einen starken Service public, der uns allen nützt und für die Zukunft gerüstet ist.	Seite 6
7. Die Post steht für Arbeitsplätze und Lehrstellen.	Seite 6
8. Der Hauservice ist keine Alternative zur Poststelle.	Seite 7
9. Gemeinden einbeziehen!	Seite 7
10. Die Initiative ist europatauglich.	Seite 8
11. Mit einem Ja zur Initiative bleiben uns der Briefträger, das Postauto, die Dorf- oder Quartierpost und der gelbe Briefkasten erhalten.	Seite 9
12. Unterstützung in den Randregionen.	Seite 9
13. Nur unsere Initiative stellt die Finanzierung der Grundversorgung sicher.	Seite 9
14. FDP und die CVP als Zünglein an der Waage.	Seite 10

1. Warum unsere Initiative der gesamten Bevölkerung dient

Die Initiative ist in vier Teile gegliedert und strebt Folgendes an:

- ② eine garantierte **Grundversorgung** mit Postdiensten, entsprechend den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft;
- ② ein **flächendeckendes Poststellennetz** von Pedrinete (TI) bis Bergen (SH) und von Chancy (GE) bis Müstair (GR);
- ② ein **Mitbestimmungsrecht der Gemeinden**, das auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe bei Entscheidungen zum Poststellennetz zu regeln ist;
- ② finanzielle Abgeltungen durch den Bund, falls die Grundversorgung nicht durch Einnahmen und Gebühren getragen werden kann (**Rückversicherung**).

2. Alle, Kund/innen wie Angestellte, profitieren von einer Post für alle.

Die Kundinnen und Kunden erwarten von der Post konsumentenfreundliche Öffnungszeiten, genügend bediente Schalter, kompetentes und freundliches Personal sowie umfassende und bezahlbare Leistungen. Die Angestellten auf der anderen Seite haben ein Anrecht auf faire Arbeitsbedingungen und eine Post, an deren Zukunft sie glauben können. Die Initiative „Post für alle“ erfüllt diese Bedürfnisse für alle. Das sieht auch Simonetta Sommaruga so, die unsere Initiative aktiv unterstützt.

3. Eine funktionierende Wirtschaft braucht eine intakte Infrastruktur und ein flächendeckendes Poststellennetz.

Das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden 303'000 kleine und mittlere Unternehmungen (KMU). Diese KMU beschäftigen zwei Drittel der werktätigen Bevölkerung, wovon 270'000 weniger als 10 Angestellte haben. Diese KMU verteilen sich auf alle Landesgegenden. Sie sind abhängig von einer guten Versorgung mit öffentlichen Gütern: Strassen, Bahn und Bus, Strom, Wasser und - Postdienste. Dank einem flächendeckenden Poststellennetz florieren kleine und mittlere Unternehmungen nicht nur in den städtischen Zentren, sondern auch in den Randregionen und Agglomerationen. Verliert ein Dorf seine Poststelle, verliert es seine Attraktivität für KMU und Ein-

wohner/innen; Arbeitsplätze sind bedroht. Mit einem Ja zur Initiative „Post für alle“ gewährleisten wir diesen wichtigen Standortvorteil für die Gemeinden.

Ein dichtes Poststellennetz ist ein Teil der Wirtschaftsförderung. Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung laufen nicht nur über die Steuern, sondern auch über eine intakte Infrastruktur. Dazu gehört auch das Poststellennetz.

Der Trend hin zur privaten Versorgung mit Postdienstleistungen mag in grösseren Städten rentieren, nicht aber in Agglomerationen, Land- und Bergdörfern. Land- und Bergregionen verkümmern zum „Ballenberg Heimatmuseum“. **Die Post ist ein wichtiger Teil unserer Heimat – einer produktiven und führenden Wirtschaftsnation, die stolz auf sich sein kann. Sie ist ein wertvolles Bindeglied unserer vielfältigen Kultur. Die Post ist „Schweizer Qualität, gehört also zu unserem Selbstverständnis als Willensnation Schweiz.**

Die flächendeckende Versorgung der Schweizer Konsument/innen und der Wirtschaft mit Postdienstleistungen hat in unserem unterschiedlich dicht besiedelten Land mit abgelegenen Regionen ihren Preis. Dieser ist aber bezahlbar. Ein Leistungsabbau wird uns langfristig teurer zu stehen kommen. Eine einmal abgebaute Infrastruktur ist nicht so einfach wieder aufzubauen.

4. Die Post gehört auch in Quartiere und Agglomerationen

Was bringen längere Öffnungszeiten von Poststellen in den Städten, wenn dafür die Poststelle um die Ecke geschlossen wird? Bewohnerinnen und Bewohnern von Quartieren und Agglomerationen bestimmt nichts! Dank der Initiative „Post für alle“ werden in vielen Quartieren und Gemeinden die Poststellen erhalten bleiben. Von 2001 bis 2003 wurden in der Schweiz bereits gegen 1'000 Poststellen geschlossen. Und viele weitere sind akut gefährdet!

5. Post für alle – für einen starken „Service public“, der uns allen nützt und für die Zukunft gerüstet ist

Es ist kein Zufall, dass die Initiative den Titel „Post für alle“ trägt. Denn die Post ist ein ganz wesentlicher Teil des „Service public“¹, der öffentlichen Dienstleistungen des Staates, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. Weitere wesentliche Teile des „Service public“ sind:

- ② Infrastrukturen und gute Angebote im Bereich des öffentlichen Verkehrs;
- ② Bildungsangebote auf allen Stufen;
- ② Energieversorgung;
- ② Verkehrswege für den privaten Verkehr (motorisiert und nicht-motorisiert);
- ② Spitäler und andere Angebote im Gesundheitsbereich;
- ② Sozialdienste, Alters- und Pflegeheime;
- ② Wasserversorgung;
- ② Polizeiwesen, Gerichtsbarkeit, Armee & Bevölkerungsschutz;
- ② Mietbare Lokalitäten der öffentlichen Hand;
- ② Gemeindearbeiten für Sauberkeit und Ordnung;
- ② Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen.

**Ein Staat mit einem qualitativ hochwertigen „Service-public“-
Angebot ist ein Staat mit einer funktionierenden Volkswirt-
schaft, der die Wohlfahrt aller anstrebt .**

**Durch die Liberalisierung des Postmarktes ist der Zugang aller
zu Postdienstleistungen stark gefährdet.** Deshalb braucht es unsere Initiative „Post für alle“. Mit einem überzeugten Ja zu unserem Volksbegehren stellen wir auf Verfassungsebene sicher, dass die Schweiz auch in Zukunft über ein flächendeckendes Poststellennetz verfügt. Das ist wichtig – für Unternehmer und Gewerbetreibende sowie für alle Mitmenschen, deren Mobilität eingeschränkt ist: ältere oder behinderte Personen sowie Mütter und Väter von Kleinkindern.

¹ dtv-Lexikon: *Service public = Die Gesamtheit der staatlichen Investitionen, die der Schaffung und Verbesserung der allgemeinen Produktionsbedingungen in einem Wirtschaftsgebiet dienen, insbesondere Grundlageninvestitionen in Verkehrswesen und Energieversorgung.*

6. Die Liberalisierung der Postdienstleistungen verursacht Kosten

Die Initiative „Post für alle“ verursacht keine Kosten, solange die Post ihr Poststellennetz selbsttragend betreiben kann. Dies ist dann der Fall, wenn das Parlament nicht übermütig wird und den Postmarkt nicht weiter liberalisiert. Sollte die Liberalisierung vorangetrieben und damit der Post ein Teil der Existenzgrundlage entzogen werden, soll der Bund die Defizitgarantie in der Form einer Rückversicherung übernehmen. Aber erst dann! Sinnvoll ist das deshalb, weil sonst der Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Konsumenten und der KMU ausgetragen wird. Liberalisierung heisst in den meisten Fällen: schlechterer Service oder höhere Preise.

Keine weitere Liberalisierung der Postdienstleistungen bedeutet demzufolge, dass die Initiative keine Kosten verursacht. Es braucht eine Rückversicherung, mit der der Bund zur Erhaltung des Poststellennetzes zur Not finanziell eingreift – als Rückversicherung für unsere Wirtschaftskraft.

7. Die Post steht für Arbeitsplätze und Lehrstellen

Die Post beschäftigt zur Zeit rund 54'000 Männer und Frauen und bildet über 1'400 Lernende aus. Sie ist damit die zweitgrösste Arbeitgeberin der Schweiz und für viele stellensuchende Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein Lichtblick. Durch den anstehenden Poststellenabbau sind Arbeitsplätze und Lehrstellen bei der Post gefährdet. Bereits durch die Reorganisation der Briefzentren (REMA) sind sage und schreibe 2'500 Arbeitsplätze akut gefährdet, vorab in Randregionen.

Nur ein kleiner Teil des Abbaus wird aufgefangen durch Arbeitsplätze, die neue Anbieter von Postdienstleistungen schaffen. Allerdings zu schlechteren Bedingungen:

- ⊗ tiefere Löhne,
- ⊗ längere Arbeitszeiten,
- ⊗ keine Gesamtarbeitsverträge.

Wettbewerb in ehren – aber wir wollen keinen Wettbewerb auf dem Buckel der Angestellten! Kioske können keine Alternative zu Poststellen sein. Mit einem JA zur Initiative „Post für alle“ können wir die-

ser Entwicklung entgegensteuern. Faire Löhne und Jugendliche mit einer attraktiven Stelle, das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll und nützlich. Ein Ja zu „Post für alle“ bedeutet deshalb auch ein Ja zur Beschäftigung, zu fairen Arbeitsbedingungen und zur Schaffung qualitativ hoch stehender Lehrstellen.

Für die Konsumentinnen und Konsumenten kann es attraktiv sein, wenn sie Postdienstleistungen in einem Laden oder am Kiosk beziehen können. Wo bleibt aber der Datenschutz bei den eingeschriebenen Briefen? Wo bleiben die Finanzdienstleistungen? Und wo bleibt die Sicherheit, dass der Laden und damit auch die Post nicht schon morgen dicht machen? Wohl auf der Strecke. **Die Post kann nicht einfach so durch private Anbieter ersetzt werden.**“

8. Der Hausservice ist keine Alternative zur Poststelle

Für die KonsumentInnen kann es attraktiv sein, wenn sie Postdienstleistungen in einem Laden oder am Kiosk beziehen können. Wenn der private Anbieter dann aber den Laden oder den Kiosk schliesst, muss gewährleistet sein, dass das Angebot mit Postdienstleistungen trotzdem weiterhin besteht. Dafür sorgt die Initiative.

Ein Nachteil des Hausservice ist, dass er nur Leuten dient, die meistens den ganzen Tag zuhause anzutreffen sind. Alle anderen sind weiterhin auf funktionierende Poststellen angewiesen.

Ein weiterer Nachteil des Hausservice ist, dass an der Haustür nicht alle Dienstleistungen angeboten werden können. De facto handelt es sich beim Hausservice als Alternative zur Poststelle um einen Abbau des „Service public“.

Der Hausservice kann nur eine ergänzende Dienstleistung der Post sein, und auch dies nur unter ausserordentlichen regionalpolitischen Bedingungen. Der Hausservice ist keine Alternative zur Poststelle. Wir alle werden auch in Zukunft auf funktionierende Poststellen angewiesen sein, wenn wir nicht für jeden Brief kilometerweit fahren wollen.

9. Gemeinden einbeziehen!

Mit einem JA zur Initiative „Post für alle“ wird ein Mitbestimmungsrecht der Gemeinden verankert: sie müssen beim Entscheid über Poststellenschliessungen mit einbezogen werden. **Dies entspricht urschweizerischer Tradition.** Über das Gedeihen einer Gemeinde darf doch nicht am grünen Tisch in der Generaldirektion in Bern entschieden werden. Gemeindebehörden schauen eigenverantwortlich zum Rechten und reden mit, wo Poststellen benötigt werden und wo nicht. Mit dem Einbezug der Gemeinden in die Entscheidungsfindung hat auch das Volk etwas zu sagen. Und so soll es auch sein in einer lebendigen Demokratie!

Die seit kurzem bestehende Ombudsstelle hat leider keine Entscheidungsbefugnisse. So kann die Postleitung wie in alten Zeiten hoheitlich über die Köpfe der Bevölkerung das Schicksal einer Poststelle mit einem Federstrich besiegeln. Dies kann für die Kantone Jura und Graubünden bedeuten, dass 60% ihrer Poststellen gestrichen werden.

Wir müssen unsere demokratischen und urschweizerischen Rechte vor der globalisierten Liberalisierung schützen. Auch deshalb braucht es ein Ja zur „Post für alle“.

10. Die Initiative ist europatauglich

Die Europäische Union sieht in ihrer Richtlinie für den Postmarkt ausdrücklich die Möglichkeit vor, dass die Unternehmen für Service-public-Leistungen von der öffentlichen Hand entschädigt werden. Das heisst, dass die Initiative „Post für alle“ auch in einem liberalisierten Postmarkt umgesetzt werden könnte. Zudem *befindet sich die Post-Liberalisierung in der EU in einer Art Denk- und Experimentierphase* (Zitat Marc Pouw, Generalsekretär der Arbeitgeberorganisation PostEurop, in: Handelszeitung vom 24.12.2003; PostEurop ist die europäische Vereinigung der 42 ehemals öffentlich-rechtlichen Postunternehmen). Die Balance zwischen freiem Wettbewerb und Service public ist noch keinem Land gelungen.

11. Mit einem Ja zur Initiative bleiben uns der Briefträger, das Postauto, die Dorf- oder Quartierpost und der gelbe Briefkasten erhalten.

Warum in Zukunft mehrere Anbieter Briefe von Haus zu Haus transportieren sollen, ist schwer zu begreifen, denn es ist absehbar, was geschehen wird: Ballungsgebiete, in denen es rentiert, werden von Privaten übernommen, Randregionen bedient die gute alte Post. Kurzum: Die Privaten picken sich die Rosinen heraus, der Post bleibt der Rest.

Es ist deshalb auch eine Frage der Fairness gegenüber unserer Schweizer Post, dass wir sie davor schützen zwischen Stuhl und Bank zerquetscht zu werden.

12. Unterstützung in den Randregionen

Die Initiative „Post für alle“ wird nicht nur von sozialdemokratischen und grünen Parlamentsmitgliedern unterstützt, sondern auch von namhaften bürgerlichen PolitikerInnen:

- **Nationalrät/innen:** Aeschbacher Ruedi, EVP, ZH; Chevrier Maurice, CVP, Wallis; Cina Jean-Michel, CVP, Wallis; Darbellay Christophe, CVP, Wallis; Donzé Walter, EVP, Bern; Dupraz John, FDP, GE; Freysinger Oskar, SVP, Wallis, Gadiant Brigitta M., SVP, Graubünden; Germanier Jean-René, FDP, VS; Hassler Hansjörg, SVP, Graubünden; Hess Bernhard, SD, BE; Kohler Pierre, CVP, Jura; Meyer Thérèse, CVP, Fribourg; Oehrli Fritz-Abraham, SVP, BE; Perrin Yvan, SVP, NE; Robbiani Meinrado, CVP, Tessin; Studer Heiner, EVP, Aargau; Zapfl Rosmarie, CVP, Zürich.
- **Ständeräte:** Amgwerd Madeleine, CVP, Jura; Epiney Simon, CVP, Wallis; Lombardi Filippo, CVP, TI; Schwaller Urs, CVP, Fribourg; evtl. Theo Maissen, CVP, Graubünden.

13. Nur unsere Initiative stellt die Finanzierung der Grundversorgung sicher

Postchef Gygi sowie Teile der Wirtschaft sind gegen die Initiative „Post für alle“, weil sie befürchten, der Bund müsse die Finanzierung der Grundversorgung übernehmen. Diese Meinung ist sachlich nicht zu begründen, sondern einzig eine Frage der wirtschaftspolitischen Glaubenseinstellung.

Wir brauchen eine Post, die unabhängig von Modeströmungen der Wirtschaftspolitik die flächendeckende Grundversorgung garantieren kann. Das geht nur, wenn der Staat sich mittels einer Finanzgarantie klar und deutlich zur Grundversorgung bekennt. Unsere gute alte Post sollte das wohl wert sein. Es braucht deshalb ein JA zur Initiative „Post für alle“.

Auch wir sind der Meinung, dass sich die Post in erster Linie durch ihre eigenen Anstrengungen finanzieren soll. Ausserdem sollen die privaten Anbieter zur Kasse gebeten werden, wenn sie als Rosinenpicker auftreten und sich die profitablen Geschäfte herauspicken und die unprofitablen der Post überlassen. Das Postgesetz sieht vor, dass Konzessionsabgaben verlangt werden. Erst wenn all dies nicht reicht und wir trotzdem ein anständiges Postangebot aufrecht erhalten wollen, kann der Staat zur Kasse gebeten werden. Die Initiative wirkt hier als eine Art Rückversicherung, und diese ist ganz wichtig.

14. FDP und die CVP als Zünglein an der Waage

Die FDP schreibt in ihrem Positionspapier „Service au public“ vom 13. April 2002 zur Post:

- ② „Die Post braucht ausreichend unternehmerische Freiheiten (Form der Leistungserbringung, neue Geschäftsfelder, Auslandaktivitäten), um den Erfordernissen des Service au public weiterhin gerecht werden zu können. **Die flächendeckende Grundversorgung ist zu gewährleisten.**
- ② In Bereichen mit Marktpotenzial ist Wettbewerb zuzulassen. Für wettbewerbsfähige Bereiche der Post (z.B. Postfinanz) ist vor allem in Hinblick auf strategische Allianzen der hundertprozentige Staatsbesitz nicht mehr erforderlich.
- ② **Ungedeckte Kosten des Service au public sollen durch die öffentliche Hand abgegolten werden.“**

Die CVP schreibt in ihrem Positionspapier zum Service public vom 11. Juli 2001 zur Post:

- ② „Die CVP Schweiz verlangt einen Service public, der drei wesentliche Komponenten erfüllt: **Die Grundversorgung soll flächendeckend sein und jedermann zur Verfügung stehen.** Es soll eine gute Qualität gewährleistet werden. Und drittens soll der Preis für jedermann erschwinglich sein.
- ② **Die Post stellt den Service public sicher, nötigenfalls gestützt durch Abgeltung bestellter Leistungen (Leistungsauftrag).**
- ② Die Post erbringt den Service public zu gleichen Bedingungen und Preisen für die gleiche Leistung.
- ② Keine Erweiterung der Postfinance – keine Postbank mit Aktivgeschäft.
- ② Zusammenarbeit mit Partner ist anzustreben (im Finanzbereich mit Banken).“

Die Initiative „Post für alle“ äussert sich weder zu unternehmerischen Freiheiten, noch zur Frage der Postbank oder des Staatsbesitzes. Nur sie ermöglicht aber eine flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen, weil sie deren Finanzierung durch die öffentliche Hand für den Notfall sicherstellt. Genau dies verlangen die FDP und die CVP auch.

Darum können auch Sie überzeugt JA sagen zur Initiative „Post für alle“! Sie sind dabei nicht alleine. Aktuelle Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung hinter der Initiative steht. Vergessen Sie trotzdem nicht, auch tatsächlich abstimmen zu gehen – und ein JA einzulegen.